



Fachverband  
Friseur und Kosmetik  
Baden-Württemberg



Stuttgart, 21. März 2013

## Pressemitteilung

### **SPD und Fachverband der Friseure gegen Lohndumping:**

#### **„Mehr und regelmäßige Kontrollen sind unerlässlich, um die vereinbarten Tariflöhne in den Friseurbetrieben durchzusetzen“**

Im Kampf gegen Lohndumping wollen der Fachverband Friseur und Kosmetik und die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam an einem Strang ziehen. Bei einem Meinungsaustausch in Stuttgart kam man überein, sich für mehr und regelmäßige Kontrollen einzusetzen, um die vereinbarten Tariflöhne in den Friseurbetrieben auch durchzusetzen. An einem bundesweit gültigen branchenweiten Mindestlohn führe indes kein Weg vorbei, waren sich SPD und Fachverband einig.

Der Geschäftsführer des Fachverbands, Matthias Moser, sprach sich für eine effizientere Kontrolle der Einhaltung allgemeinverbindlicher Entgeltkonditionen und der Abführung von Sozialabgaben aus. Auch für SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel sind fairer Wettbewerb und leistungsgerechte Löhne große Herausforderungen im Friseurhandwerk. „In der momentanen Situation sind regelmäßige Kontrollen unerlässlich. Friseurbetriebe müssen Löhne und Sozialversicherungsbeträge nachzahlen, wenn sie sich nicht an den Tarifvertrag halten“, sagte Schmiedel.

Auch Verbandsgeschäftsführer Moser blickt mit Sorge auf die aktuelle Entwicklung, die durch einen starken Preiswettbewerb, niedrige Löhne und Dumpingpreise gekennzeichnet sei. Obwohl sich das baden-württembergische Friseurhandwerk an einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag zu halten habe, gebe es zunehmend „schwarze Schafe“, die sich durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile verschafften. Befeuert werde diese Entwicklung auch durch den wachsenden Anteil von Personen, die nicht mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, sondern in kleinen Friseurbetrieben als Selbstständige auf eigene Rechnung arbeiten.

Moser machte darauf aufmerksam, dass sich in den vergangenen Jahren die Anzahl der Friseurbetriebe um 30 Prozent erhöht habe. Gleichzeitig sei der Umsatz jedoch um 20 Prozent gesunken. „Dieses Missverhältnis muss dringend bereinigt werden. Auf lange Sicht schaden niedrige Löhne und Dumpingpreise nicht nur den Mitarbeitern der Billigketten, sondern der gesamten Branche“, meinte Moser.

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel warb beim Friseurhandwerk für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. „Wenn die Tarifparteien sich nicht auf einen Lohn einigen können, von dem Beschäftigte trotz Vollzeitwerbstätigkeit leben können, dann muss der Gesetzgeber einschreiten und dies korrigieren“, so Schmiedel. Er verwies auf den durch Initiative der rot-grün regierten Länder zustande gekommenen Beschluss des Bundesrats, der einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde vorsieht.

Von einem solchen gesetzlichen Mindestlohn würden nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden auch die Beschäftigten im Friseurhandwerk profitieren. Auch in Baden-Württemberg, das bundesweit bei den Löhnen in der Branche mit an der Spitze liegt, verdiene ein überwiegend selbstständig arbeitender Geselle nach dem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag aus dem Jahre 2006 lediglich knapp über 8 Euro pro Stunde. „Dass die fairen Betriebe oft freiwillig deutlich mehr bezahlen, ist angesichts der Verwerfungen in der Branche keine ausreichende Problemlösung“, zeigte sich Schmiedel überzeugt.

Auch das Friseurhandwerk mache sich für eine Lohnerhöhung stark, bekräftigte Geschäftsführer Moser, „allerdings nicht um jeden Preis“. Denn derzeit könne wegen geltender tarifrechtlicher Statuten die Allgemeinverbindlichkeit eines neuen Tarifvertrags mit besseren Löhnen nicht mehr erreicht werden. „Es wäre für den Wettbewerb kontraproduktiv, wenn sich der Innung angehörende Salonbesitzer an höhere Tariflöhne halten müssen, der große Rest aber ganz legal Dumpinglöhne bezahlen kann“, gab Moser zu bedenken.

Ab April 2013 wird nun zwischen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Zentralverband des deutschen Friseurhandwerks über einen branchenweiten Mindestlohn verhandelt. Im Gespräch sind laut ver.di als absolute Untergrenze 8,50 Euro. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten soll dann nicht mehr auf staatliche Aufstockungsleistungen angewiesen sein. „Alle Landesverbände des Friseurhandwerks sehen inzwischen die Notwendigkeit, einen branchenweiten Mindestlohn zu verhandeln“, erklärte Moser.

Fachverband Friseur und Kosmetik Baden-Württemberg  
70178 Stuttgart · Gerberstr. 26 · Tel.: (0711) 60770-24 · Fax: (0711) 60770-11 · Email: [m.moser@fachverband-fk.de](mailto:m.moser@fachverband-fk.de)  
[www.fachverband-fk.de](http://www.fachverband-fk.de)

**- Mit Rat und Tat für das Friseurhandwerk im Land! -**